



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,
nach wie vor beschäftigt mich das Thema Fonds für DDR-Heimkinder sehr. Nach dem Besuch von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bin ich aber zuversichtlich, dass die finanziellen Probleme lösbar sind. Alles hängt nun von den Verhandlungen zwischen Bund und den ostdeutschen Ländern ab. Bei ihrem Besuch hat Ministerin

Schwesig die Schwerpunkte ihres Programmes für dieses Jahr vorgestellt. Ich hätte es begrüßt, wenn sie dabei auch das Thema Inklusion angesprochen hätte. Wir dürfen diesen wesentlichen gesellschaftspolitischen Aspekt nicht vernachlässigen. Auch für Menschen mit Beeinträchtigungen muss es möglich sein, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.

Einstimmig beschlossen hat der Ausschuss die Einrichtung eines Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, bei dem ich ebenfalls mitarbeiten werde.

Die ersten Sitzungswochen haben gezeigt, dass die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion ihrer parlamentarischen Arbeit am gewissenhaftesten

nachkommen. Meine Fraktion hat die wenigsten Fehlzeiten aufzuweisen. Bei den ersten fünf namentlichen Abstimmungen lag die Nichtteilnehmerquote bei 4,6 Prozent.

Deutschland ist das einzige Land in der EU, das 2012 kein Defizit aufwies. Laut dem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht wird die Konjunktur in diesem Jahr weiter anziehen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird nach 0,4 Prozent 2013 in diesem Jahr um 1,8 Prozent steigen. Das bedeutet zugleich, dass die bereits auf 570 Mrd. Euro angewachsenen Steuereinnahmen in diesem Jahr noch kräftiger sprudeln und die 600-Mrd.-Marke durchbrochen wird.

Viel Freude beim Lesen

wünscht
Ihr Martin Patzelt



Kein „Einstellungsstopp“ beim Bundesfreiwilligendienst

Entgegen anders lautenden Presseberichten gibt es beim Bundesfreiwilligendienst (BUFDI) keinen „Einstellungsstopp“. Bei ihrem Besuch im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig dies bestätigt. Wegen eines Buchungsfehlers im vergangenen Jahr war es zu vereinzelt Engpässen gekommen. Das

Programm an sich aber wird nicht in Frage gestellt. Der Bundesfreiwilligendienst wurde 2011 als Nachfolger für den abgeschafften Zivildienst ins Leben gerufen und erfreut sich größter Beliebtheit. In Brandenburg sind besonders die älteren Semester an diesem Dienst interessiert. Im Januar waren von 2600 „Bufdis“ 2220 über 27 Jahre alt. Die Gruppe der 51- bis 65-Jährigen ist mit rund 1200

Personen vertreten. 75 sind sogar über 65. Der Bundesfreiwilligendienst erhält jährlich 160 Mio. Euro, was für ca. 50 000 Plätze ausreicht. Vergeben werden die Stellen von Kommunen, Kitas, Vereinen, aber auch von großen Trägern wie Caritas und Diakonie. Der Dienst dauert zwischen sechs und 214 Monaten. Mitmachen darf man ab 16 Jahren.

Nr. 3/18. WP
14. Februar 2014

Termine - Vorschau

17.- 21.02. 2014
Sitzungswoche Deutscher Bundestag

24.02.2014
CDU-Kreisvorstandssitzung
LOS

27.02.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Eisenhüttenstadt

27.02.2014
Mitgliederversammlung der
CDU Frankfurt (Oder)

01.03.2014
Kreisparteitag LOS (Wahlen)

03.03.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Beeskow (neuer Termin)

17.03.2014
konst. CDU-
Kreisvorstandssitzung LOS

20.03.2014
Stolpersteinverlegung in
Beeskow

24.03.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Frankfurt (Oder)

24.03.2014
Jahresempfang der CDU Frank-
furt (Oder)

14.04.2014
CDU-Kreisvorstandssitzung
LOS

Themen im Ausschuss für Menschenrechte

In dieser Sitzungswoche wurden die Themenschwerpunkte für die anstehende Ausschussarbeit besprochen. Ein gewichtiger Blick wird auf den Themen Menschenhandel und Zwangsprostitution liegen. Diese Themen stehen auch auf europäischer Ebene im März und Juni 2014 an.

Chinas Umgang mit Minderheiten bleibt ein weiterer Blickpunkt. Die Zivilgesellschaft und die Bürgerrechte in Russland werden auch nicht

aus den Augen gelassen.

Das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ wird in diesem Jahr zehn Jahre alt.

Dieses Programm beruht auf einer persönlichen Partnerschaft zwischen Abgeordneten. Hierbei unterstützen Bundestagsabgeordnete die unter Unrecht und Verfolgung leidenden ausländischen Abgeordneten, Bürgerrechtler und Menschenrechtsaktivisten.

Das von mir ausgewähl-

te Thema Kinderrechte und Kinderarbeit in der Mongolei beleuchtet ein klassisches Grundrechtsthema im Bereich der Kinderrechte.

Weiterhin behalte ich die ethischen Fragen zu Sterbehilfe, Pflege, Betreuung und zu Menschen mit Beeinträchtigungen in meinem Fokus. Wichtig dabei ist mir, diese immer wieder zu benennen und als Impulse in Diskurse miteinzubringen.

**Situation im syrischen Bürgerkrieg:
1,6 Mio. Flüchtlinge und 93 000 Tote**

Eine aktuelle Unterrichtung zu der menschenrechtlichen und humanitären Lage als Folge des syrischen Konfliktes ließ mich unsere Bereitschaft, Flüchtlinge hier in Deutschland und Europa aufzunehmen, kritisch zu hinterfragen.

Mit 1,6 Mio. Flüchtlingen und 93 000 Toten ist die Zahl an Opfern des Syrien-Konfliktes unermesslich hoch. Das Tempo der syrischen Friedensverhandlungen lässt zu wünschen übrig. Deshalb wird die Zahl der Menschen, die der humanitären Hilfe bedürfen, bald auf schätzungsweise 6,8 Mio. ansteigen.

Insbesondere haben die Anrainerstaaten das Problem, Millionen

Flüchtlinge in den Lagern mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Hier ist dringend materielle und logistische Hilfe erforderlich, damit diese menschliche Katastrophe nicht zu einem Flächenbrand wird.

„Den Albtraum des Einzelnen errahnen, kann indes nur der, der das menschliche Leid vor Ort gesehen hat“ sagte die Vizepräsidentin Claudia Roth, nach Ihrer Reise in die Flüchtlingslager nach Jordanien, Libanon und Irak. Mit 10 000 Flüchtlingen, die Deutschland aufnimmt liegen wir eher an der unteren Grenze unserer Aufnahmefähigkeit. Allerdings hat Deutschland nach Angaben

des Auswärtigen Amtes Syrien und den Nachbarländern insgesamt rund 440 Millionen Euro an Hilfsmitteln zur Verfügung gestellt.

Deutschland ist neben Schweden das einzige europäische Land, das syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnimmt. Neben dem Appell an die europäischen Nachbarländer, in vergleichbarer Weise zu helfen, sprach ich mich im Ausschuss nachdrücklich dafür aus, politisch eine unkomplizierte weitere und zügige Aufnahme von syrischen Flüchtlingen zu ermöglichen.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro**Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro**Eisenhüttenstadt**

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro**Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Zu Besuch im ZAHB Eisenhüttenstadt

Gespräch mit Frank Nürnberger, dem Leiter der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) in Eisenhüttenstadt, über die Situation der Asylbewerber vor Ort.

Laut Frank Nürnberger hatten sich im vergangenen Jahr in der ZABH insgesamt 5031 Menschen gemeldet, um in Deutschland Asyl zu beantragen. Davon wurden 3305 in Eisenhüttenstadt untergebracht, die anderen 1726 in andere Bundesländer. 261 Menschen kehrten wieder in ihre Heimatländer zurück - 68 wurden in ihre Heimatländer zurückgeführt.

In Beeskow nahm der Kreis Flüchtlinge aus Syrien auf, die einen anderen Aufenthaltsstatus als Asylbewerber haben. Im Tränkeweg in Fürstenwalde entsteht ein neues Asylbewerberheim mit 183 Plätzen. In Fürstenwalde gibt es dann mit dem Haus Hoffnung in der Langewahler Straße, das über gut 200 Plätze verfügt, zwei große Asylbewerberunterkünfte.

Fonds DDR-Heimkinder soll aufgestockt werden

Gute Nachrichten gibt es für den Fonds Heimkinder Ost, dem bekanntlich das Geld auszugehen drohte. Es hat sich gezeigt, dass die ursprünglich veranschlagten 40 Mio. Euro eindeutig zu niedrig angesetzt waren. Sie werden schon bis Ende des ersten Quartals 2014 aufgebraucht sein. Es gibt aber noch mindestens 10 000 Anträge. Der zusätzliche Finanzbedarf wird auf 200 Mio. Euro taxiert, den Bund und die ostdeutschen Länder je zur Hälfte aufbringen müssen. Bundesfamilienministerin Manuela

Schwesig hat bei ihrem Besuch im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend versichert, dass man gemeinsam nach einer Lösung suche. Frau Schwesig machte auch deutlich, dass der Mehrbedarf nicht aus ihrem Haushalt gedeckt werden könne. Für mich ist vor allem wichtig, dass künftige Entschädigungen nicht niedriger ausfallen als bereits ausgezahlte Leistungen. Das hat die Ministerin zugesichert. Sie zieht allerdings auch eine Vereinfachung des Verfahrens in Betracht. Das würde bedeuten, dass einerseits der Nachweis der Betroffenheit vereinfacht würde, anderer-

seits aber auch die Entschädigung auf 3000 bis 5.000 Euro sinken würde. Bislang haben 3284 Betroffene Leistungen in Höhe von ca. 11 900 Euro pro Person erhalten. Die Gelder wurden vorwiegend für Konsumgüter und andere Sachleistungen ausgezahlt und weniger für therapeutische Zwecke ausgezahlt. Schätzungen zufolge sind 400 000 Kinder zeitweise in DDR-Kinderheimen aufgewachsen. Allein 145000 waren in den 38 Spezialkinderheimen und 39 Jugendwerkhöfen untergebracht.